



Bericht und Beschlussempfehlung

des Wirtschaftsausschusses

Ablehnung des integrierten Börsengangs der Bahn

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/560 Nr. II

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/560 Nr. II, wurde dem Wirtschaftsausschuss durch Plenarbeschluss am 22. Februar 2006 zur Beratung überwiesen.

Der Wirtschaftsausschuss hat sich mit der Vorlage in vier Sitzungen, zuletzt am 14. März 2007, befasst und empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung der Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag Drucksache 16/560 Nr. II in folgender Fassung anzunehmen:

„Der Landtag unterstützt die Absicht der Bundesregierung, dass bei einer Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG die steuerfinanzierte Eisenbahninfrastruktur im Eigentum des Bundes bleiben muss. Die DB AG soll bis auf Weiteres die integrierte Bewirtschaftung und Betriebsführung des Netzes wahrnehmen. In Kombination mit der bereits bestehenden Regulierungsbehörde, deren Aufgabenbereiche gegebenenfalls noch ausgeweitet werden müssen, wird der diskriminierungsfreie Wettbewerb gewährleistet. Ziel ist es weiterhin, eine Trennung von Netz und Betrieb herbeizuführen.

Der Landtag erwartet, dass aus Sicht des Landes Schleswig-Holstein bei der Erarbeitung des Privatisierungsgesetzes maßgeblich zu berücksichtigen sind:

1. Die Sicherstellung von Bestand und Leistungsfähigkeit des Netzes auch in der Fläche,

2. der Ausschluss eines nachhaltigen Einflusses des Kapitalmarktes auf Schieneninfrastruktur und Verkehrsangebot,
3. die Gewährleistung der erforderlichen verkehrspolitischen Einflussnahmemöglichkeiten und
4. die Vermeidung einer stärkeren Belastung der Landeshaushalte.“

Hans-Jörn Arp
Vorsitzender